

17.08.15

Flüchtlingsflut in Berlin - Zwischen Notaufnahme und Kleingarten

Am Donnerstag vor gut einer Woche hatte Jens Quade ein paar Schlüssel von vier verwaisten ehemaligen Telekom- Gebäuden in die Hand gedrückt bekommen. Kaum 28 Stunden später zogen in die Gebäude 186... *Von Birgit Jennen*

(Bloomberg) -- Am Donnerstag vor gut einer Woche hatte Jens Quade ein paar Schlüssel von vier verwaisten ehemaligen Telekom- Gebäuden in die Hand gedrückt bekommen. Kaum 28 Stunden später zogen in die Gebäude 186 Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und anderen Ländern. Mittlerweile sind mehr als 600 Menschen in der Notaufnahme in Berlin-Karlshorst untergekommen. Innerhalb von zwei Wochen hat Quade aus einem verwaisten Bürokomplex inmitten von Kleingärten eine der größten Flüchtlingsunterkünfte Berlins aufgebaut.

Längst ist die Flüchtlingsflut auch in der Bundeshauptstadt angekommen. Wie in vielen anderen Städten sind auch die Berliner Behörden von der großen Zahl der Asyl-Antragsteller überfordert. Durch den Flüchtlingsandrang gelang es dem Landesamt für Gesundheit und Soziales zeitweise nicht, in der Erstaufnahme allen Asylsuchenden eine Unterkunft zu besorgen. Viele Flüchtlinge wurden in Hostels oder Wohnungen untergebracht, vereinzelt mussten einige sogar im Freien schlafen, bis ihnen eine Unterkunft zugewiesen wurde.

Berlin treibt nun die Debatte über die Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern voran. Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) forderte am Freitag in einem Interview mit der Berliner Zeitung, dass sich der Bund zur Hälfte an den Flüchtlingskosten beteiligen

solle. Bisher tragen Länder und Kommunen für Kosten für Unterbringung, Verpflegung und Betreuung der Flüchtlinge fast allein. In Berlin übernehme der Bund lediglich fünf Prozent der Flüchtlingskosten, so der Finanzsenator.

Anders als in Dresden, wo Radikale immer wieder mit Gewalt gegen neue Flüchtlingsheime vorgehen, haben die Berliner Bürger in Karlshorst friedlich auf den Flüchtlingsstrom reagiert. "Wir werden die Flüchtlinge nicht verteufeln, wir werden uns arrangieren", sagt Erich Loeff, der Vorsitzende des Kleingartenverbandes Lichtenberg - und damit ein unmittelbarer Nachbar des neuen Flüchtlingsheims. Doch Loeff beschäftigt vor allem die Frage, wie viel Flüchtlinge in seine Nachbarschaft letztendlich einziehen werden. "Zunächst wurde gesagt, dass 300 Flüchtlinge kommen, später hieß es 500 Menschen. Ich gehe davon aus, dass es mehr werden", sagt Loeff.

Wie groß die Zahl der Flüchtlinge sein wird, die dieses Jahr nach Deutschland kommen, beschäftigt auch die Bundesregierung. Bundesinnenminister Thomas de Maiziere will diese Woche dazu eine neue Prognose vorlegen. Schon in der vergangenen Woche hat er die Öffentlichkeit darauf eingestimmt, "dass die Zahl erheblich höher sein wird", als die bisher geschätzten 450.000.

Damit steigt der Druck auf den Bund, sich vor dem Hintergrund des für September geplanten nationalen Flüchtlingsgipfels stärker als bislang an den Flüchtlingskosten zu beteiligen. Bereits beim Gipfel im Juni hatte der Bund die Hilfen für Länder und Kommunen auf 1 Mrd. Euro in diesem Jahr verdoppelt und zugesichert, sich vom kommenden Jahr an dauerhaft an den Lasten zu beteiligen. Die Bundesländer erwarten bis September konkrete Vorschläge, wie und in welcher Höhe sich der Bund beteiligen wird. Statt einer einmaligen Pauschalsumme fordert Berlins Finanzsenator von Bund eine Kostenbeteiligung pro Flüchtling und Monat.

Jens Quade blickt derweil in die Zukunft. Er will eine langfristige Bleibe für die Flüchtlinge aufbauen - und nicht mehr nur die Notaufnahme organisieren. Ein Abschwellen des Flüchtlingsstroms ist nicht in Sicht.

Bloomberg